



## Alter Recke

Der Schauspieler Henry Hübchen brilliert seit Jahren auf Bühne und Leinwand – nun wird er 75. **Leute**

<b>Heute</b>	<b>Morgen</b>
13° 6°	9° 3°

Heute und morgen bleibt es stürmisch. Verbreitet kommt es zu Sturmböen von ca. 100 km/h. Zeitweise fällt auch Regen.

## Neues Programm

Das Klavier-Festival Ruhr startet wieder durch. Heute beginnt der Vorverkauf. **Kultur**



## ESSEN

Heute im Lokalteil



## Zahl der Flüchtlinge steigt wieder

Fast 600 Heimplätze sind belegt. Eine Vollbelegung der Unterkünfte ist coronabedingt nicht möglich. Darum bezieht die Stadt nun die Reserveplätze in die Planung ein.

## Schule verbietet Karnevals-kostüme

Die Entscheidung einer Grundschule, auf Karnevalsfeier und Kostümierung zu verzichten, stößt bei Eltern auf Kritik: Bedürfnisse der Kinder nicht berücksichtigt.

## IM BLICKPUNKT

## Auch die EU stellt Mali-Mission in Frage

Paris. Wegen des Abzugs der französischen Truppen aus Mali sieht die EU ihre Ausbildungsmission in dem westafrikanischen Land ebenfalls in Frage gestellt. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sagte, Experten prüften, ob die Voraussetzungen für die Ausbildung regionaler Streitkräfte noch erfüllt seien. Borrell forderte von der malischen Militärregierung „Garantien“ für den seit 2013 bestehenden Einsatz EUTM. **afp**  
*Bericht Magazin*

## Pflegermorde: Vorgesetzte vor Gericht

Oldenburg. Die Klinikvorgesetzten des verurteilten Patientenmörders Niels Högel hätten Morde in den Kliniken Oldenburg und Delmenhorst aus Sicht der Staatsanwaltschaft mit an „Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ verhindern können. Allen sieben Angeklagten sei klar gewesen, dass von Högel eine Gefahr für die Patienten ausgehe, sagte Staatsanwältin Gesa Weiß am Donnerstag bei Beginn des Verfahrens. **dpa/Bericht Globus**

## TAGESSPRUCH

„Politik: Wettrennen trojanischer Pferde.“

Stanislaw Jerzy Lec (1909 - 1966), polnischer Lyriker und Aphoristiker

## LESERSERVICE

☎ 0800 6060720  
(kostenlose Servicenummer)

## Eis-Drama endet mit Tränen

Nach dem tagelangen Wirbel um ihr Dopingvergehen hat die russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa im olympischen Damen-Einzel Platz vier belegt. Die 15-Jährige konnte am Donnerstag in Peking ihre Führung aus dem Kurzprogramm nicht verteidigen. Gold ging mit 255,95 Punkten an die russische Weltmeisterin Anna Schtscherbakowa. Walijewa zeigte Nerven und patzte in der Kür gleich mehrfach. Sie stürzte beim Vierfach-Salchow und auch der Vierfach-Toeloop gelang nicht ganz.

*Bericht Sport*



FOTO: CATHERINE IVILL / GETTY IMAGES

## Freitagmittag kommt die nächste Sturmfront

An Rhein und Ruhr. Nach dem Sturm ist vor dem Sturm: Allerdings soll das am Freitagmittag eintreffende Tief „Zeynep“ nach Vorhersage der Meteorologen vom Deutschen Wetterdienst nicht mehr ganz so kraftvoll sein wie Vorgängerin „Ylenia“. Sie hatte in der Nacht auf Donnerstag und am Morgen in NRW teilweise zu Verkehrsbehinderungen geführt. Feuerwehren und die Deutsche Bahn mussten landesweit zahlreiche auf Straßen und Bahnstrecken gestürzte Bäume wegräumen. Ansonsten kam NRW glimpflich davon. Bundesweit waren allerdings zwei Todesopfer zu beklagen. Derweil rüsteten sich die Städte an Rhein und Ruhr für die nächsten stürmischen Tage. **dpa/Bericht NRW**

# Neue Teststrategie in Grundschulen

Selbsttest zu Hause statt Lolli-Test. Gebauer behält sich wetterbedingte Schließungen vor

An Rhein und Ruhr. Unter dem Eindruck einer sich abschwächenden Pandemielage und der Kritik vieler Eltern an den Corona-Tests in Grundschulen wird ab Montag, 28. Februar, das Testverfahren an den Grundschulen geändert. Wichtigste Neuerung: Die Lolli-Tests für Grundschüler werden abgeschafft. „Die Kombination aus Lolli-Tests im Labor und anschließenden Antigen-Selbsttests hat zu Verunsicherungen geführt“, räumte NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) am Donnerstag ein.

Ab 28. Februar sollen Grundschulkinder dreimal in der Woche vor der Schule zu Hause getestet werden. Eltern müssen sich per Unterschrift verpflichten, dieser Testpflicht nachzukommen. Sollte der Verdacht aufkommen, dass Eltern ihre Kinder daheim nicht mit den ihnen von der Schule zur Verfügung gestellten Schnelltests testen,



Ab 28. Februar werden die Lolli-Tests abgeschafft. **FOTO: DPA**

oder die Kinder mit Corona-Symptomen in die Schule schicken, dann können diese Kinder in der Schule nachgetestet werden, so Gebauer.

Unter dem Eindruck des Sturm-tiefs „Ylenia“, das am Donnerstag über NRW fegte, behält sich Gebauer (FDP) vor, auch künftig landesweit den Schulunterricht aus solchen Gründen ausfallen zu lassen. Man stehe dazu „in engem Aus-

tausch mit dem Deutschen Wetterdienst“, sagte sie. Erstmals hatte NRW am Donnerstag wegen eines Unwetters flächendeckend Schulen geschlossen. Die Ministerin, die zuletzt sehr in der Kritik stand, erntete diesmal überraschend Lob. „Die Landesregierung hat vorausschauend reagiert und die Schulen früh informiert“, sagte Stefan Behlau, NRW-Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), dieser Redaktion. „Sonst hieß es bei Unwetterlagen, dass es Eltern freigestellt sei, ihre Kinder in die Schulen zu schicken. Dies ist aber schwieriger zu organisieren als Unterrichtsausfall für alle.“

Ähnlich äußerte sich Ayla Celik, NRW-Chefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Die Sturmsituation haben Eltern, Schüler und Schulen trotz der Kurzfristigkeit gut gemeistert. Durch klare Kommunikation konnten alle

Beteiligten schnell informiert werden, und die Schulen hatten die Möglichkeit, auf die Situation zu reagieren.“ Zufrieden ist auch Antonietta Zeoli, Vorsitzende der Schulleitungsvereinigung NRW: „Die Landesregierung hat schnell Klarheit geschaffen und die Schulleitungen in ihrer Professionalität gestärkt.“ **mk/CHO**

## Eltern haben Verständnis

Die Landeselternschaft der Gymnasien in NRW zeigt Verständnis für die Schließung. „Eine Entrüstungswelle gibt es unter den Eltern nicht“, so Sprecherin Ute Böhm. Eine Vorgabe für Distanzunterricht durch das Ministerium sei wegen der Kurzfristigkeit der Entscheidung unmöglich gewesen.

## Bafög-Reform noch vor Wintersemester

Berlin. Das Bundesbildungsministerium will eine geplante Bafög-Reform noch vor dem Wintersemester umsetzen. Das geht aus einem Referentenentwurf zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes hervor, der der NRZ vorliegt. Demnach sollen Bafög-Empfänger künftig mehr Geld bekommen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird erweitert. Der sogenannte Bedarfssatz wird um fünf Prozent angehoben, von 427 auf 449 Euro im Monat. Noch deutlicher steigt die Unterstützung für die Miete: Wer nicht bei seinen Eltern wohnt, soll künftig 360 statt 325 Euro für die Unterkunft erhalten, was etwa 10 Prozent entspricht. Auch Schüler und Schülerinnen, die Bafög beziehen, sollen mehr Geld bekommen. **NRZ/Bericht Politik & Meinung**

## Weitere Razzien in Sammelunterkünften

Land plant Fortsetzung der Kontrollaktionen

Aus der Grenzregion. Die Städte Geldern und Emmerich arbeiten die Durchsuchungen von Sammelunterkünften für Leiharbeiter vom Wochenende auf. In Emmerich sollen alle vier kontrollierten Häuser bis zum Wochenende stillgelegt werden. Das Bauministerium kündigt unterdessen weitere Razzien an, ohne konkreter zu werden. Das niederländische fleischverarbeitende Unternehmen Horizon, das die vier Unterkünfte in Emmerich betreibt, kritisiert im Gespräch mit der NRZ die Kontrollaktionen und fühlt sich an den Pranger gestellt. Mit dem Arbeitsschutzkontroll-

gesetz, das seit über einem Jahr für Betriebe in Deutschland gilt, hat das Land NRW auch seine Beratungsangebote ausgebaut, um auch Leiharbeiter aus dem Ausland über ihre Rechte zu informieren. Allein die 53 Beratungsstellen Arbeit haben 2021 mehr als 60.000 Beratungen durchgeführt; sieben Prozent davon betrafen Leiharbeiter, teilte das NRW-Arbeitsministerium der NRZ mit. Dabei geht es nicht nur um mangelhafte Unterbringung, sondern auch um Kündigungsschutz oder falsche Entgelt-Gruppierung. **del/Bericht S.3**  
**Klartext Politik & Meinung**

## Biden: Gefahr einer Invasion „sehr hoch“

Russland fordert Abzug von US-Soldaten

Washington. US-Präsident Joe Biden befürchtet trotz aller Beteuerungen aus Moskau einen russischen Einmarsch in die Ukraine in den nächsten Tagen. Biden sagte am Donnerstag, die Gefahr einer Invasion sei „sehr hoch“, und nach seiner Einschätzung könne es „in den nächsten paar Tagen“ dazu kommen.

Russland besteht weiterhin auf dem Abzug sämtlicher US-Soldaten aus Ost- und Mitteleuropa. Sollten die USA keine Sicherheitsgarantien geben, wäre Moskau „gezwungen zu reagieren, einschließlich militärisch-technischen Mitteln“, erklärte das Außenministerium am Donnerstag in seiner Antwort auf ein Schreiben aus Washington. Gleichzeitig betonte das Außenministerium erneut, Russland plane keine Invasion. **afp/Bericht Magazin**